

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung.....	1
B. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand.....	3
I. Begriffsbestimmungen.....	4
1. Juristische Person.....	4
2. Subjektive Rechte.....	5
II. Problemkreise.....	6
1. Juristische und natürliche Personen.....	7
2. Inländische und ausländische juristische Personen.....	7
3. Juristische Personen des Privatrechts und juristische Personen in öffentlicher Hand.....	8
4. Gegenüberstellung der Referenzsysteme.....	9
a) Gemeinsamkeiten.....	9
b) Unterschiede.....	9
c) Wechselwirkungen.....	9
C. Art. 19 Abs. 3 GG im deutschen Verfassungsrecht.....	11
I. Historische Entwicklung der Grundrechtsberechtigung von juristischen Personen.....	11
1. Fehlende ausdrückliche Verknüpfung von Grundrechten und juristischen Personen in historischen Grundrechtskatalogen.....	11
2. Wege zur ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Grundrechtsberechtigung juristischer Personen.....	13
II. Eingeschränkte Grundrechtsberechtigung aufgrund der Grundrechtsfunktion.....	16
1. Vom Ausgangspunkt der Grundrechte als Abwehr-, Teilhabe-, und Leistungsrechte natürlicher Personen.....	16
2. Eingeschränkte Schutzbedürftigkeit von juristischen Personen gegenüber natürlichen Personen sowie staatliche Beteiligung.....	17
a) Juristische Personen in staatlicher Hand.....	18
b) Argumentationsansätze.....	19
c) Keine Grundrechtsberechtigung für juristische Personen des öffentlichen Rechts und mehrheitlich staatlich beherrschte juristische Personen des Privatrechts.....	21
III. Beschränkung des Anwendungsbereichs von Art. 19 Abs. 3 GG auf inländische juristische Personen.....	22
1. Juristische Person.....	22
2. Inländereigenschaft.....	23
a) Verfassungsrechtliche Wertung.....	23
b) Bestimmung der Inländereigenschaft.....	24
aa) Sitztheorie.....	25

bb) Gründungstheorie	26
cc) Einfluss- bzw. Kontrolltheorie	26
IV. Ausländische juristische Personen	27
I. Juristische Personen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat	27
a) Allgemeine Grundrechtsberechtigung im Anwendungsbereich des Unionsrechts ..	28
aa) Unionsrechtskonforme Auslegung	28
bb) „Anwendungserweiterung“ von Art. 19 Abs. 3 GG	29
(1) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung	30
(2) Anwendungsvorrang als Kollisionsregel	31
b) Von einem Mitgliedstaat beherrschte, inländische juristische Personen	33
aa) Das Konfusionsargument	34
bb) Die Nichtanwendbarkeit des Konfusionsarguments bei fremdstaatlicher Beherrschung	36
cc) Spezifische Gefährdungssituation und drohende Ungleichbehandlung	36
dd) Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	36
(1) Schutzmaßnahmen inländischer staatlich beherrschter juristischer Personen ..	37
(2) Bestehende Rechtsschutzmöglichkeiten einer fremdstaatlich beherrschten inländischen juristischen Person	40
(3) Die Übertragung des Konfusionsarguments auf die Grundfreiheiten	41
ee) Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und Übertragung der Grundsätze auf staatlich beherrschte juristische Personen aus einem Mitgliedstaat ..	42
c) Reichweite des Grundrechtsschutzes	43
aa) Wortlaut und Staatsangehörigkeit natürlicher Personen	44
bb) Beschränkung des Umkehrschlusses auf rein innerstaatliche Sachverhalte	46
cc) Gleiches Ergebnis bei Anwendungsvorrang	47
d) Juristische Personen aus einem Drittstaat	47
aa) Aktuelle Rechtsprechung	49
bb) Einschränkung von Art. 19 Abs. 3 GG für Deutschengrundrechte bei Beherrschung durch Drittstaatsangehörige	50
e) Anwendbarkeit einzelner Grundrechte auf ausländische juristische Personen über die Art. 101 ff. GG	52
f) Subjektive Rechte durch völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland	54
aa) Verhältnis von Völkerrecht zu deutschem Verfassungsrecht	55
bb) Keine Grundrechtsberechtigung aus völkerrechtlichen Verträgen	56
g) Grundrechtsgleiche Rechte, insbesondere Verfahrensgrundrechte	56

2. Ausländische juristische Personen nach Ausscheiden eines Mitgliedstaats aus der Europäischen Union	57
a) Kein Vertrauensschutz	57
b) Übergangslösung	58
c) Zukünftige Regelung mit und ohne EU-Abkommen sowie sonstige praktische Lösungsmöglichkeit	60
V. Zwischenergebnis	61
1. Die Unterscheidung von natürlichen und juristischen Personen	61
2. Unterscheidung von inländischen und ausländischen juristischen Personen	62
3. Die staatliche Beteiligung an juristischen Personen	65
4. Gestuftes Modell der Grundrechtsberechtigung	65
D. Schutz ausländischer juristischer Personen durch die EU-Grundfreiheiten und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	67
I. Das allgemeine Diskriminierungsverbot als Ausgangspunkt für die Grundfreiheiten	67
1. Der subjektiv-rechtliche Charakter der Grundfreiheiten	69
2. Die einzelnen Grundfreiheiten	71
a) Niederlassungsfreiheit	71
aa) Erforderliche Gründung nach dem Recht eines Mitgliedstaats	72
bb) Anwendung der Gründungs- oder Sitztheorie innerhalb der EU	73
cc) Wirkungsweise der Niederlassungsfreiheit zugunsten ausländischer juristischer Personen	73
dd) Arten der erfassten juristischen Personen	75
ee) Kein Schutz bei Ausübung hoheitlicher Tätigkeit	76
b) Dienstleistungsfreiheit	77
c) Arbeitnehmerfreizügigkeit	77
d) Warenverkehrsfreiheit	79
e) Kapitalverkehrsfreiheit	80
3. Eigenes Regelungsregime der Grundfreiheiten bei auswärtigen juristischen Personen als Ausdruck des Binnenmarkts	81
II. Juristische Personen in der Europäischen Grundrechtecharta	82
1. An das Menschsein unmittelbar anknüpfende Grundrechte	83
2. Nach dem Wortlaut auf juristische Personen anwendbare Grundrechte, die weiterer Auslegung bedürfen	84
3. Juristische Personen aus Drittstaaten	90
4. Einschränkungen für juristische Personen mit staatlicher Beteiligung	91
a) Beteiligung eines Drittstaats	91
b) Beteiligung eines Mitgliedstaats	92

III. Rechtsdurchsetzung von Grundfreiheiten und EU-Grundrechten	94
1. Nichtigkeitsklage	95
a) Adressateneigenschaft	96
b) Unmittelbare und individuelle Betroffenheit	96
c) Rechtsakte mit Verordnungscharakter ohne Durchführungsmaßnahmen	98
d) Stellungnahme	98
2. Untätigkeitsklage	99
a) Beschränkter Klagegegenstand für juristische Personen	99
b) Kein Subjektiver Rechtsschutz	100
3. Vorabentscheidungsverfahren	101
4. Schadensersatz durch Amtshaftungsanspruch	103
5. Schutz vor missbräuchlicher Rechtsausübung	104
IV. Zwischenergebnis zu den Wertungen im EU-Recht	106
V. Gegenüberstellung von EU-Verfassungsrecht und Grundgesetz	107
1. Gemeinsamkeiten	107
2. Unterschiede	108
3. Wechselwirkungen	108
a) Grundsätzliches Verhältnis von EU-Grundrechten und Grundrechten des Grundgesetzes	108
b) Anwendungserweiterung von Art. 19 Abs. 3 GG durch Grundfreiheiten	111
c) Reichweite des Grundrechtsschutzes	112
d) Keine Umgehung der fehlenden Grundrechtsberechtigung staatlich beherrschter juristischer Personen durch das Unionsrecht	113
e) Übertragung des Ansatzes der wesensmäßigen Anwendung auf die EU-Grundrechtecharta	113
E. Schutz subjektiver Rechte ausländischer juristischer Personen in der EMRK	116
I. Juristische Personen als Berechtigte in der EMRK	116
1. Wortlaut – Unterscheidung von „Mensch“ und „Person“	117
2. Systematik – Beschwerdefähigkeit für „nichtstaatliche Organisationen“	117
3. Einzelne Rechte der EMRK	118
a) Nicht auf juristische Personen anwendbare Grundrechte	119
b) Auf juristische Personen anwendbare Rechte	119
II. Ausländische juristische Personen und die EMRK	122
1. Grundsätzliche Geltung der EMRK auch für ausländische juristische Personen	122
2. Ausnahmemöglichkeit für politische Tätigkeit	123
III. Staatliche Beteiligung an „nichtstaatlichen Organisationen“	124

1. Keine Ausübung von Hoheitsgewalt	124
2. Rechtlicher Status und keine Errichtung für öffentlich-administrative Zwecke	125
3. Unabhängigkeit	126
4. Zwischenergebnis	127
IV. Rechtsdurchsetzung	127
1. Rechtswegerschöpfung und kein Rechtsmissbrauch	128
2. Bisher regelmäßig nur Entschädigung	129
V. Gegenüberstellung mit deutschem Verfassungsrecht und EU-Recht	129
1. Gemeinsamkeiten	129
2. Unterschiede	130
3. Wechselwirkungen	130
a) Stellung der EMRK im EU-Recht	131
aa) Grundrechtsberechtigung juristischer Personen mit staatlicher Beteiligung in der Grundrechtecharta durch Rechte der EMRK	131
bb) Anwendungserweiterung der Grundfreiheiten aufgrund von EMRK-Vorgaben zugunsten ausländischer juristischer Personen	133
b) Verhältnis von EMRK und deutschem Verfassungsrecht	134
F. Ausländische juristische Personen im Investitionsschutzrecht	136
I. Entstehung subjektiver Rechte und die Stellung ausländischer juristischer Personen als Investoren in Freihandels- und Investitionsschutzabkommen	136
1. Bilaterale Investitionsschutzabkommen	138
a) Klassische BITs	139
aa) Natürliche und juristische Personen als Investoren	140
bb) Inländische und ausländische juristische Personen	141
cc) Staatliche oder private Beteiligte	143
b) Sonderfall Intra-EU-BITs	145
2. Abkommen der EU	146
3. Energiecharta-Vertrag	149
4. CETA	150
a) „Unternehmen“ als „juristische Person“	151
b) Staatszugehörigkeit	153
c) Staatliche Beherrschung der juristischen Person	153
II. Durchsetzung von subjektiven Rechten ausländischer juristische Personen	153
1. Strukturelle Schwächen des diplomatischen Schutzes im internationalen Wirtschaftsrecht	153
a) Rechtsunsicherheit beim Ermitteln des zuständigen Staates	154

b) Ermessen beim Anspruch auf diplomatischen Schutz	157
c) Durchsetzung eines eigenen oder eines staatlichen Anspruchs	158
2. Unmittelbarer Rechtsschutz durch Investor-Staat-Schiedsverfahren	160
3. Rechtsmissbrauch als Grenze der Ausübung subjektiver Rechte	161
a) Briefkastengesellschaften	162
b) Langjährige Niederlassungen und Übertragung von Gesellschaftsanteilen	163
c) Missbräuchliche Rechtsausübung	163
aa) Missbräuchliche Umstrukturierung	164
bb) Langjährige Inaktivität und Wiederaufnahme der Geschäfte mit dem Schiedsverfahren	166
4. Staatenimmunität als Durchsetzungshindernis	168
a) Anerkennung von Schiedssprüchen	168
b) Vollstreckung von Schiedssprüchen	169
c) Schutz staatlicher Funktionen	170
5. Zwischenergebnis und aktuelle Tendenzen im Investitionsschutzrecht	171
III. Wertungen im internationalen Investitionsschutzrecht	173
IV. Gegenüberstellung mit den Referenzsystemen	175
1. Gemeinsamkeiten	175
2. Unterschiede	176
3. Wechselwirkungen	177
a) Spannungsverhältnis mit nationalem Recht	177
b) Spannungsverhältnis mit EU-Recht	178
aa) Der Micula-Fall	179
bb) Die Achmea-Entscheidung	179
cc) Auswirkung der Achmea-Entscheidung auf BITs mit Drittstaaten, laufende Intra- EU-BIT-Schiedsverfahren sowie multilaterale Abkommen mit Streitbeilegungsmechanismen	182
(1) Laufende Schiedsverfahren	184
(2) Multilaterale Abkommen der EU mit eigenem Streitbeilegungsmechanismus	185
G. Abschließende Gegenüberstellung der verschiedenen Rechtsordnungen	188
I. Gemeinsamkeiten	188
1. Erster Problemkreis: Unterscheidung von natürlichen und juristischen Personen	188
2. Zweiter Problemkreis: Unterschiedliche Behandlung von inländischen und ausländischen juristischen Personen	189
3. Dritter Problemkreis: Auswirkung staatlicher Beteiligung an juristischen Personen	189
II. Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtsordnungen	190

1. Erster Problemkreis: Natürliche und juristische Personen.....	190
2. Zweiter Problemkreis: Inländische und ausländische juristische Personen sowie Abgrenzung gegenüber Drittstaaten	191
3. Dritter Problemkreis: Staatliche Beteiligung an juristischen Personen	192
III. Wechselwirkungen zwischen den Rechtsordnungen.....	193
1. Erster Problemkreis: Natürliche und Juristische Personen	193
2. Problemkreis: Unterschiedliche Behandlung von inländischen und ausländischen juristischen Personen	193
3. Dritter Problemkreis: Staatliche Beteiligung an juristischen Personen	196
H. Konvergenzen und Ausblick	198
I. Zusammenfassung.....	201
Literaturverzeichnis.....	205